

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 20. Oktober 2014, Az.: V-0123.049:

Anbei übermittele ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums.

Friedrich
Minister für Bundesrat, Europa und
internationale Angelegenheiten

Eingegangen: 22. 10. 2014 / Ausgegeben: 31. 10. 2014

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen
aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums

A. Einleitung	2
B. Schwerpunktthemen	2
I. Nach der Europawahl	2
1. Europäisches Parlament nimmt Arbeit auf	2
2. Die neue EU-Kommission	3
3. Politische Leitlinien der Kommission Juncker	4
II. EU-Strukturpolitik	6
1. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	6
2. Europäischer Sozialfonds (ESF)	6
3. Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER)	7
4. INTERREG A-Programme für die Förderperiode 2014 – 2020	7
III. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)	9
1. Landesvertretung Berlin	9
2. Podiumsdiskussion in Stuttgart	11
IV. Makrostrategien	12
1. EU-Strategie für den Donauraum	12
2. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)	14
V. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	15
1. Reise von Ministerpräsident Kretschmann an Bodensee und Oberrhein	15
2. Weitere Kontakte und Entwicklungen in der Schweiz	16
3. Vier Motoren für Europa	17
VI. Internationales	18
1. Reise von Minister Friedrich nach Montenegro und Albanien	18
2. Gemischte Regierungskommission Baden-Württemberg – Serbien	19
VII. Entwicklungspolitik	20
VIII. Landesvertretung Brüssel	21

- 2 -

A. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht werden die aktuellen europapolitischen Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums im Berichtszeitraum 1. Juli 2014 bis Ende September 2014 dargestellt. Aufgrund der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 sowie der Neubesetzung der EU-Kommission konzentriert sich der Bericht hauptsächlich auf die sich daraus ergebenden Neuerungen.

Das Staatsministerium wird dem Landtag Anfang 2015 den nächsten Bericht über aktuelle europapolitische Themen vorlegen.

B. Schwerpunktthemen

I. Nach der Europawahl

1. Europäisches Parlament nimmt Arbeit auf

Mittlerweile ist das Europäische Parlament nach den Wahlen im Mai wieder voll arbeitsfähig: Parlamentspräsident, Vizepräsidenten und Quästoren sind gewählt. Auch haben die Fraktionen und die Ausschüsse ihre Vorsitze gewählt. Baden-Württemberg stellt mit Rainer Wieland (CDU) einen der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments und mit Dr. Ingeborg Gräßle eine Ausschussvorsitzende (Haushaltskontrolle). Baden-Württembergische Abgeordnete nehmen auch Schlüsselpositionen als Koordinatoren/Obleute in wichtigen Ausschüssen ein:

Michael Theurer (FDP) ist Koordinator der ALDE-Fraktion im Haushaltskontrollausschuss, Bernd Kölmel (AfD) ist für die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) Koordinator im Haushaltsausschuss, Daniel Caspary (CDU) für die EVP-Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel und Evelyne Gebhardt (SPD) sowie Dr. Andreas Schwab (CDU) sind die Koordinatoren der S&D- bzw. der EVP-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Die Rolle der Koordinatoren ist weniger prominent als die eines Ausschussvorsitzenden, jedoch ist gerade auf europäischer Ebene in einem Parlament mit Mitgliedern aus 28 Ländern die Rolle der Koordinatoren von besonderer Bedeutung und eröffnet große Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen ihrer jeweiligen Fraktion.

2. Die neue EU-Kommission

Der künftige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker stellte am 10. September seine Personalvorschläge und die neue Struktur der EU-Kommission für den Zeitraum 2014 bis 2019 vor. Eine grundlegende Neuerung besteht darin, dass es künftig sieben Vizepräsidenten ohne eigenes Portfolio geben wird, die für ein prioritäres Vorhaben die politische Verantwortung übernehmen und die Tätigkeiten von mehreren Kommissaren leiten bzw. koordinieren. Die „einfachen“ Kommissare brauchen also für Initiativen in ihrem Zuständigkeitsbereich zwingend die Unterstützung eines Vizepräsidenten. Mit diesen strukturellen Veränderungen begegnet Juncker der Zersplitterung von Zuständigkeiten. Dadurch, dass sachlich verbundene Portfolien (z.B. Wirtschaft / Finanzen und Steuern, Klima und Energie) zusammengefasst werden, wird es zukünftig nur noch 20 verschiedene Zuständigkeitsbereiche geben statt bisher 27. Die Schaffung von Clustern und der Neuzuschnitt der Portfolien sollen eine effizientere Arbeitsweise der EU-Kommission sowie eine bessere Fokussierung von politischen Prioritäten ermöglichen.

Der Erste Vizepräsident soll der Niederländer Frans Timmermans werden. Auch für die Posten der übrigen Vizepräsidenten hat Juncker gezielt Vertreter kleinerer Mitgliedstaaten vorgesehen. Eine Ausnahme stellt die Hohe Vertreterin dar: Die Italienerin Federica Mogherini wird gleichzeitig auch Vizepräsidentin der EU-Kommission sein. Die drei bevölkerungsstärksten Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien sollen durch „einfache“ Kommissare in der neuen EU-Kommission vertreten sein. Einen neuen Ansatz verfolgt Juncker bei seinen Vorschlägen für die Besetzung der einzelnen Portfolien. Die Kandidaten derjenigen Länder, die in einem bestimmten Bereich besondere Probleme haben oder besondere Forderungen stellen, sollen zukünftig eben dieses Dossier betreuen.

Günther Oettinger besetzt nach seiner erneuten Nominierung das Ressort „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“. In seine umfangreiche Zuständigkeit wird künftig fallen: die Generaldirektion (GD) Kommunikation, Netzwerke, digitale Inhalte und Technologie (CONNECT),

- 4 -

die GD Informatik – IuK (DIGIT, eher nach innen gerichtet), sowie die relevanten Teile der Exekutiv-Agentur für Bildung, Audio-visuelles (EACEA) und Kultur, der Exekutiv-Agentur für KMU (EASME), der Exekutiv-Agentur für Innovation und Netzwerke (INEA) sowie der Exekutiv-Agentur für Forschung (REA); er wird auch für die Beziehungen zur Agentur für europäische Netz- und Informationssicherheit sowie zum Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC) zuständig sein. Auch künftig wird eine enge Verzahnung der „Digitalen Agenda“ von Kommissar Oettinger mit aktuellen Entwicklungen in Baden-Württemberg angestrebt; gerade beim Thema „Industrie 4.0“ werden sich zahlreiche Anknüpfungspunkte ergeben.

Die Anhörung der designierten Kommissare vor den Ausschüssen des Europäischen Parlaments fand im Zeitraum vom 29. September bis 7. Oktober statt. Die anschließende Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments ist für den 22. Oktober vorgesehen. Die neue EU-Kommission wird voraussichtlich Anfang November ihre Arbeit aufnehmen.

Interessant wird, wie sich die neuen Strukturen der Kommission mit Vizepräsidenten ohne eigenen administrativen Unterbau in der Praxis bewähren und wie sich die Kommissionsmitglieder in dem neuen Gefüge positionieren werden. Dabei wird auch die für Herbst vorgesehene Rochade im Bereich des Spitzenpersonals der Generaldirektionen eine Rolle spielen. Obgleich die Vizepräsidentinnen und –präsidenten Durchgriffsrechte auf die Generaldirektionen haben, wird viel davon abhängen, wie das Verhältnis zwischen der Amtsspitze der Generaldirektion und dem jeweils direkt zuständigen Kommissar ist.

3. Politische Leitlinien der Kommission Juncker

Am 15. Juli wurde Jean-Claude Juncker vom Europäischen Parlament zum Präsidenten der künftigen EU-Kommission gewählt. Seine Politischen Leitlinien hat Juncker in einem 10-Punkte-Programm zusammengestellt.

- 5 -

Nachdem in den vergangenen Jahren das Krisenmanagement im Vordergrund gestanden habe, sei Europa nur unzureichend auf die globalen Herausforderungen vorbereitet. Nun sei es an der Zeit mit der Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel neue Wege zu beschreiben.

Konkret benennt Juncker die zehn folgenden Schwerpunkte:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie Belebung der Investitionstätigkeit in Europa mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze.
Die Investitionen sollen vorrangig in Infrastrukturmaßnahmen, in Bildung, Forschung und Innovation sowie in die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz fließen.
- Schaffung eines vernetzten digitalen Binnenmarktes.
- Schaffung einer europäischen Energieunion mit zukunftsorientierter Klimaschutzpolitik. Europa solle bei den erneuerbaren Energien weltweit führend werden und über das 2020-Ziel für die Energieeffizienz, insbesondere bei Gebäuden, hinausgehen.
- Vertiefter und fairer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis.
Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt der EU müsse bis 2020 von heute knapp 16 % wieder auf 20 % ansteigen.
- Vertiefte und faire Wirtschafts- und Währungsunion.
- Vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten: Abbau von Zöllen, gegenseitige Anerkennung von Produktnormen, keine Kompromisse bei Schutzstandards, mehr Transparenz.
- Raum des Rechts und der Grundrechte.
- Neue Migrationspolitik: Gemeinsame Asylpolitik im Geiste der Solidarität, Stärkung der legalen Einwanderung.
- Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne.
- Union des demokratischen Wandels.

II. EU-Strukturpolitik

1. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Das Operationelle Programm (OP) Baden-Württembergs hat die Interservice-Konsultation der EU-Kommission durchlaufen. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) hat als Verwaltungsbehörde am 12. August zu den Anmerkungen der Kommission Stellung genommen und das OP mit wenigen Anpassungen erneut zur Annahme eingereicht. In der zweiten Septemberhälfte wurden die Verhandlungen abgeschlossen. Das MLR erwartet nun die Genehmigung des Programms.

Beim Wettbewerb RegioWIN (Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit, www.regiowin.eu) gingen bis zum 30. September die Wettbewerbsbeiträge für die zweite Phase ein. Bis dahin waren die fortgeschriebenen Regionalen Entwicklungskonzepte mit den daraus entwickelten Leuchtturmprojekten einzureichen. Die unabhängige Jury wird die WIN-Regionen und Leuchtturmprojekte Ende des Jahres prämiieren.

Weitere Wettbewerbe, wie „Klimaschutz mit System“ und „Zentren für Angewandte Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften“, stehen unmittelbar vor der Auswahlentscheidung durch die jeweilige Jury.

Für Unternehmen mit Potenzial zur Technologieführerschaft im Ländlichen Raum wurde im Berichtszeitraum bereits die dritte Bewerbungsrunde für „Spitze auf dem Land“ durchlaufen. Ein weiterer Förderaufruf für „Technologietransfermanager/-innen“ erfolgte bereits.

2. Europäischer Sozialfonds (ESF)

Das ESF-OP wurde mit Kommissionsentscheidung vom 1. September als erstes Regionalprogramm aus Deutschland genehmigt. Die Förderung kann damit plangemäß zum 1. Januar 2015 beginnen.

Das bewährte und erfolgreiche Modell der regionalen ESF-Förderung wird weitergeführt. Damit können die regionalen ESF-Arbeitskreise – Expertengremien auf Ebene der Stadt- und Landkreise – auch künftig einen Großteil der ESF-Mittel vor Ort einsetzen, wo der Bedarf am größten ist. Die Ausschreibung der regionalen ESF-Projekte lief bis 30. September.

- 7 -

Beim Sozialministerium liefen zudem zwei zentrale Ausschreibungen: Förderung von Teilzeitausbildungen und Förderung der nachhaltigen Integration von Langzeitarbeitslosen, Berufsrückkehrer/innen und atypisch Beschäftigten in reguläre Beschäftigungsverhältnisse des allgemeinen Arbeitsmarkts. Die Fristen enden am 10. bzw. 20. Oktober.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft hat drei Projektaufträge gestartet: Die Antragsfristen für Familienbewusste Arbeitswelt und EXI-Gründungsgutscheine sind am 1. bzw. 15. September abgelaufen. Über die eingegangenen Anträge wird im wettbewerblichen Auswahlverfahren entschieden. Offen ist aktuell der Aufruf Internationalisierung der beruflichen Ausbildung, hier können noch bis 13. Oktober Anträge gestellt werden. Zusätzlich sind im Förderprogramm Fachkurse Anträge für eine Förderung ab 1. Januar 2015 möglich.

3. Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER)

Der Entwurf des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2014-2020 (MEPL III), mit dem in Baden-Württemberg die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik umgesetzt wird, wurde am 18. Juli bei der EU-Kommission zur Genehmigung eingereicht. Die Genehmigung wird für Ende des Jahres erwartet. Der MEPL III umfasst 16 Förderprogramme zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft, des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes, der Diversifizierung und des ländlichen Raums einschließlich des Regionalentwicklungsprogramms LEADER.

4. INTERREG A-Programme für die Förderperiode 2014 – 2020

Die beiden INTERREG A-Programme „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ und „Oberrhein“ leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

- 8 -

Unzählige grenzüberschreitende Einrichtungen und Vorhaben entlang der Grenze werden durch INTERREG unterstützt oder sind einmal als INTERREG-Projekt gestartet. Die Landesregierung hat sich daher mit Erfolg für die finanzielle Stärkung der Programme und eine inhaltliche Schwerpunktsetzung eingesetzt, die den Bedarfen der Grenzregionen entspricht. Die Entwürfe der Operationellen Programme wurden nach Abschluss des breit angelegten Dialogs mit den regionalen Akteuren im Juli bzw. September der Europäischen Kommission zur Genehmigung vorgelegt; diese wird noch vor Ende des Jahres erwartet.

Für das Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ stehen nunmehr 39,6 Mio. Euro zur Verfügung (2007-2013; 23,9 Mio. Euro), für das Programm „Oberrhein“ sogar 109,8 Mio. Euro EU-Mitteln (2007-2013: 67 Mio. Euro). Baden-Württemberg konnte hierzu einen wichtigen Beitrag leisten: Das Staatsministerium konnte in den Länderverhandlungen im Herbst 2013 erreichen, dass Baden-Württemberg statt bislang 31,7 Mio. Euro für die Periode 2014-2020 über 78 Mio. Euro an EU-Mitteln für INTERREG erhält. Diese deutliche Aufstockung ermöglicht es den Programmen, die einzelnen Schwerpunkte mit ausreichend Mitteln zu unterlegen:

INTERREG A Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein

Prioritätsachse	Anteil	EFRE Mittel
Prioritätsachse 1: Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Beschäftigung und Bildung	ca. 35%	13,9 Mio. Euro
Prioritätsachse 2: Umwelt, Energie und Verkehr	ca. 37,5%	14,8 Mio. Euro
Prioritätsachse 3: Verwaltungszusammenarbeit und bürgerschaftliches Engagement	ca. 20,5%	8,1 Mio. Euro
Prioritätsachse 4: Technische Hilfe	ca. 7%	2,8 Mio. Euro
Summe		39,6 Mio. Euro

INTERREG A Oberrhein

Prioritätsachse	Anteil	EFRE Mittel
Prioritätsachse A: Intelligentes Wachstum am Oberrhein – Die Entwicklung zu einer international wettbewerbsfähigen Wissens- und Innovationsregion unterstützen	ca. 25 %	27,4 Mio. Euro
Prioritätsachse B: Nachhaltiges Wachstum am Oberrhein – Eine umweltverträgliche Entwicklung des Raumes, der Wirtschaft und der Mobilität auf grenzüberschreitender Ebene fördern	ca. 39 %	42,8 Mio. Euro
Prioritätsachse C: Integratives Wachstum am Oberrhein – Beschäftigung grenzüberschreitend fördern	ca. 20 %	22 Mio. Euro
Prioritätsachse D: Territorialer Zusammenhalt am Oberrhein – Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Verwaltungen und Bürgern fördern	ca. 10 %	11 Mio. Euro
Prioritätsachse E: Technische Hilfe	ca. 6 %	6,6 Mio. Euro
Summe		109,8 Mio. Euro

III. Transatlantische Handels-und Investitionspartnerschaft (TTIP)**1. Landesvertretung Berlin**

Ein europapolitischer Schwerpunkt der Arbeit der Landesvertretung Berlin im Berichtszeitraum bildete die Begleitung der Diskussion über mögliche Vor- und Nachteile einer geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA.

In einem viel beachteten Symposium der Landesvertretung in Kooperation mit den Vertretungen Hamburgs und Niedersachsens zum Thema „Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren – Gefahr für den Rechtsstaat?“ wurde am 3. Juli das Für und Wider einer Schiedsklausel zwischen „zwei Industrienationen auf Augenhöhe“ sowie Forderungen nach einer Verbesserung des gegenwärtigen Schiedsmechanismus offen und faktenorientiert erörtert.

Die Diskussion zwischen Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, aus der Praxis internationaler Schiedsgerichtsverfahren, sowie aus Wissenschaft und Politik zeigte, dass die aktuellen Standards der Streitbeilegungsmechanismen zwischen einem Investor und dem Gaststaat (Investor-State-Dispute-Settlement – ISDS) in Sachen Transparenz, Anforderungen an die Qualität und Unparteilichkeit der Schiedsrichter sowie die Überprüfbarkeit von Schiedssprüchen vor einer zweiten Instanz als unzureichend zu bewerten sind. Ebenfalls wurde deutlich, dass eine Klagemöglichkeit vor Schiedsgerichten parallel zum nationalen Rechtswegsystem die deutliche Gefahr mit sich bringt, dass nationale Gesetzgeber im Geltungsbereich derartiger Investitionsschutzabkommen mit einer Klage rechnen müssen, sofern sie im öffentlichen Gemeinwohlinteresse regelnd eingreifen.

Die Ergebnisse des Symposiums fanden Eingang in die erfolgreiche Dreiländer-Initiative im Bundesrat von Baden-Württemberg zusammen mit Hamburg und Niedersachsen anlässlich der europaweiten Konsultation der EU-Kommission zu Fragen der Ausgestaltung des Investitionsschutzes bei TTIP (Beschluss des Bundesrates vom 11. Juli 2014, BR-Drs. 295/14). Darin erklärt der Bundesrat spezielle Investitionsschutzvorschriften und ISDS-Mechanismen zwischen der EU und den USA für verzichtbar. Auch setzt sich der Bundesrat erstmalig mit dem Szenario auseinander, dass es trotz seiner ablehnenden Haltung am Ende doch zu einer Verankerung eines ISDS-Mechanismus im ausverhandelten Text des Abkommens kommen könnte. Hierzu werden konkrete Punkte benannt, bei denen aus Sicht der Länder erheblicher Verbesserungsbedarf an der bisherigen Praxis des internationalen Investitionsschutzregimes besteht. So stellt die Entschließung insbesondere klar, dass die Handlungsspielräume der EU wie auch der Mitgliedstaaten und ihrer Parlamente durch Regelungen zum Investitionsschutz nicht eingeschränkt werden dürfen.

In Zukunft müsse es EU-Mitgliedstaaten weiter unbenommen bleiben, Gesetze unter anderem zur Verbesserung von Arbeits-, Sozial- und Umweltschutzstandards zu erlassen. Gleichzeitig wird herausgestellt, dass eine grundsätzliche Entscheidung über die Billigung oder die Ablehnung von Regelungen zum Investitionsschutz in einem Abkommen erst nach Vorliegen der Verhandlungsergebnisse durch die EU-Mitgliedstaaten getroffen werden kann.

Dass die ablehnende Position hinsichtlich eines ISDS-Mechanismus durchaus auch Folgen für das Abkommen insgesamt haben kann, unterstreicht der Bundesrat mit dem Hinweis, dass es sich bei TTIP aller Voraussicht nach um ein „Gemischtes Abkommen“ handeln wird und damit eine Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat erforderlich sein wird.

Die Reihe „Gestatten, TTIP!“ soll im Oktober mit einem Round-Table-Gespräch zum Thema „Regulatorische Kooperation“ fortgesetzt werden. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission, der Zivilgesellschaft und Unternehmen sowie Fachleuten aus der Regulierungszusammenarbeit sollen u.a. Mindestanforderungen an eine transatlantische Regulierungszusammenarbeit formuliert werden.

2. Podiumsdiskussion in Stuttgart

Ziel der Veranstaltung war es, mehr Transparenz zu den Inhalten und Vorgehensweisen bei der TTIP zu schaffen und Chancen und Risiken offen zu diskutieren. Gemäß des Veranstaltungstitels „Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) – Risiko oder Chance?“ diskutierte Minister Friedrich am 11. Juli mit dem Direktor der Generaldirektion Handel der EU-Kommission Rupert Schlegelmilch sowie Dr. Brigitte Dahlbender, Landesvorsitzende des BUND Baden-Württemberg und Dr. Stefan Wolf, Vorstandsvorsitzender der ElringKlinger AG.

IV. Makrostrategien

1. EU-Strategie für den Donaauraum

Steuerung der Strategie ("Governance")

Im Anschluss an das Jahresforum der Donaauraumstrategie am 26. und 27. Juni in Wien wurde das Modell einer rotierenden funktionellen Vorsitzfunktion eingeführt, der Vorsitz ist dabei jeweils an die Ausrichtung des Jahresforum gekoppelt. Die Vorsitzfunktion für 2015 führt deshalb Baden-Württemberg aus. Es ist vorgesehen, künftig eine Art Troika zu bilden aus dem Land, das das Forum zuletzt ausgerichtet hat, dem, das es ausrichtet und dem, das es im Folgejahr ausrichten wird. Dadurch soll die Übergabe verbessert und eine Konsistenz in der inhaltlichen Arbeit gewährleistet werden. Durch das anstehende Jahresforum 2015 in Ulm besteht für Baden-Württemberg die Möglichkeit, bereits im ersten Jahr eines solchen neuen Modells eine wesentliche Steuerungsfunktion auszuüben.

Einrichtung des Danube Strategy Points an der Landesvertretung Brüssel

Baden-Württemberg erhielt den Zuschlag für die neu zu schaffende Koordinierungsstelle der EU Kommission für den Donaauraum, den Danube Strategy Point (DSP). Damit wird das Profil des Landes als eine treibende Kraft im und für den Donaauraum unterstrichen.

Bereits seit November 2013 wird zwischen den beteiligten 14 Donauländern und -staaten an einer Verbesserung der Koordinierung und Steuerung der europäischen Makrostrategie gearbeitet. Zu diesem Zweck wurde entschieden, eine zentrale europäische Koordinationsstelle einzurichten, die die Arbeit der beteiligten Donauländer und -staaten sowie der Europäischen Kommission unterstützen und strategischer ausrichten soll. Der DSP wird zunächst zu 95 Prozent aus Mitteln der EU-Kommission finanziert.

Zur Vergabe des DSP wurde ein offenes Wettbewerbsverfahren unter den beteiligten Donaustaaten durchgeführt. Baden-Württemberg hatte sich um den Sitz beworben und gegen drei Mitbewerberstaaten (Österreich, Rumänien und Ungarn) durchgesetzt.

- 13 -

Das Staatsministerium wird den DSP in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Brüssel ansiedeln. Damit soll eine noch bessere strategische Verzahnung der Akteure des Donauraums mit den europäischen Institutionen sowie den politischen Stakeholdern der Donauanrainer in Brüssel ermöglicht werden.

Einrichtung einer Nationalen Kontaktstelle des INTERREG V B- Donau- programms in Ulm

Mit Frau Dr. Judit Schrick steht seit August eine ausgewiesene INTERREG- und Donau-Expertin als Nationale Kontaktstelle für das neue Donauprogramm für alle Fragen zum neuen INTERREG-Programm zur Verfügung.

Frau Schrick ist Deutsch-Ungarin und war unter anderem stellvertretende Leiterin der Verwaltungsbehörde des Südosteuropaprogramms in Budapest. Die Kontaktstelle ist zuständig für die Unterstützung und Beratung deutscher Antragsteller, die überwiegend aus Baden-Württemberg und Bayern kommen werden. Darüber hinaus begleitet sie die Projektpartner bei der Umsetzung der Projekte und unterstützt die Länder Bayern und Baden-Württemberg bei ihren Aufgaben in den internationalen Begleitgremien des Donauprogramms. Frau Dr. Schrick ist dienstrechtlich im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft angesiedelt, wird aber aus EU-Mitteln, vom Bund und zu gleichen Anteilen von Bayern und Baden-Württemberg finanziert. Räumlich wird die Kontaktstelle ab November im Donaubüro in Ulm untergebracht sein.

Donaufest in Ulm von 4. bis 13. Juli

Minister Friedrich hat als Eröffnungsredner an der Fachtagung zur nachhaltigen Mobilität im Donauraum teilgenommen und im Anschluss daran das Donaufest 2014 / Ulm und Neu-Ulm eröffnet. Des Weiteren hat Minister Friedrich diverse politische Gespräche am Rande des Donaufestes geführt u.a. mit István Pásztor, Parlamentspräsident der autonomen Provinz Vojvodina.

Das Donaujugendcamp bot mehr als 100 Jugendlichen aus dem Donauraum die Möglichkeit, einander zu begegnen, sich kennenzulernen und Wissenswertes über die Heimatländer aller Teilnehmenden zu erfahren.

- 14 -

Über eine Woche hinweg hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, an Workshops zu unterschiedlichen Themen wie z.B. Journalismus teilzunehmen. Die Donaoraumstrategie bildete einen Schwerpunkt bei den Workshops. Einer der Höhepunkte des diesjährigen Jugendcamps war die Begegnung der Jugendlichen mit Minister Friedrich am 9. Juli.

Die Baden-Württemberg Stiftung führte eine zweitägige Veranstaltung auf dem Internationalen Donaufest in Ulm am 9. und 10. Juli durch. Das Ziel der Veranstaltung war es, die Projektträger und Partner der Baden-Württemberg Stiftung, insbesondere aus den laufenden Projekten zur EU-Donaoraumstrategie, sowie Gutachter zusammen zu bringen und ihnen eine Plattform zu bieten, ihre Projekte vorzustellen, sich auszutauschen und neue Ideen für gemeinsame Projektvorhaben zu entwickeln.

2. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Die Europäische Kommission hat am 16. Juli eine Konsultation zur EU-Strategie für den Alpenraum gestartet, die am 15. Oktober endet (<http://ec.europa.eu/eusurvey/runner/EUSALP>).

Auf Basis der Konsultationsergebnisse soll von der Steuerungsgruppe der Aktionsplan für die EUSALP entwickelt werden. Dabei ist auch ein Steuerungsmodell (Governance) für die Strategie zu entwickeln. Als Diskussionsgrundlage dient der von der Kommission im Mai veröffentlichte Bericht zur Governance makroregionaler Strategien.

Zur Information aller Akteure sowie der Öffentlichkeit wurde unter www.alpine-region.eu eine Website eingerichtet, die sukzessive mit Informationen gefüllt wird. Weiterhin plant die Region Lombardei im Rahmen der italienischen Ratspräsidentschaft am 1. und 2. Dezember eine Konferenz zur EUSALP in Mailand. Dabei sollen die Ergebnisse der Konsultation sowie der Sachstand der Strategieentwicklung dargestellt werden.

V. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

1. Reise von Ministerpräsident Kretschmann an Bodensee und Oberrhein

Die politischen Kontakte zu den Nachbarländern und insbesondere zur Schweiz sind weiterhin ein Schwerpunkt der europapolitischen Arbeit der Landesregierung. So reiste Ministerpräsident Kretschmann von 2. bis 4. Juli an den Bodensee sowie in den Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und ins Elsass.

Beim Unternehmerforum Lilienberg in Ermatingen/CH hielt Ministerpräsident Kretschmann eine Rede zum Thema „Aktuelles zum Nachbarschaftsverhältnis Deutschland – Schweiz“, an die sich eine Publikumsdiskussion anschloss.

Er betonte dabei insbesondere die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und warb für eine Fortsetzung des bilateralen Weges zwischen der Schweiz und der EU.

In den politischen Gesprächen mit den Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft auf Schloss Ebenrain in Sissach/Kanton Basel-Landschaft lagen die Schwerpunkte auf dem Umgang mit der Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung und mit den flankierenden Maßnahmen zum Freizügigkeitsabkommen EU - Schweiz, auf den Erfolgen der grenzüberschreitenden Hochschulzusammenarbeit sowie Verkehrsthemen wie der Hochrheinbahn, der Bundesautobahn A 98 und der grenzüberschreitenden Verlängerung der Tramlinie 8 in Basel.

Herr Prof. Burger von der Universität Basel stellte seine Forschungspotentialstudie zum grenzüberschreitenden Kompetenzzentrum Nachhaltigkeit vor und der Rektor der Universität Freiburg, Herr Prof. Schiewer, erläuterte die Planungen zum European Campus und zur Ansiedelung einer europäischen Großforschungseinrichtung am Oberrhein. Der Vizerektor der Universität Basel, Herr Prof. Hoenen, erläuterte die grenzüberschreitende Hochschulzusammenarbeit aus Basler Sicht.

- 16 -

Im Elsass traf Ministerpräsident Kretschmann in Begleitung des Stuttgarter Oberbürgermeisters Kuhn den Oberbürgermeister von Strasbourg und französischen Senator Ries und führte Gespräche mit dem elsässischen Regionalratspräsidenten Richert sowie dem Präfekten der Region Elsass Bouillon. Im Fokus der Gespräche standen die geplante Territorialreform in Frankreich, die intensive grenzüberschreitende Hochschulzusammenarbeit, die grenzüberschreitende Berufsausbildung sowie die polizeiliche Zusammenarbeit. Ministerpräsident Kretschmann und Präsident Richert unterzeichneten eine Absichtserklärung zum Ausbau der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Berufsausbildung.

2. Weitere Kontakte und Entwicklungen in der Schweiz

Nachdem die Schweizerinnen und Schweizer am 9. Februar für eine Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung gestimmt haben, die mit den Verpflichtungen der Schweiz aus dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU nicht vereinbar ist, hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement am 20. Juni ein Umsetzungskonzept vorgelegt.

Die EU hat der Schweiz signalisiert, dass das Grundprinzip der Personenfreizügigkeit nicht verhandelbar sei.

Mit Blick auf die Beteiligung der Schweiz an der EU-Forschungsförderung hat es inzwischen vorläufige Fortschritte gegeben. Die Schweiz hatte es nach der Annahme der Volksinitiative abgelehnt, das bereits ausgehandelte Protokoll über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zu unterzeichnen. Daraufhin hatte die EU-Kommission die Verhandlungen über die Schweizer Beteiligung am Forschungsförderprogramm „Horizont 2020“ ausgesetzt. Inzwischen können sich Forschende in der Schweiz wieder provisorisch an Ausschreibungen im Rahmen von „Horizont 2020“ beteiligen. Es handelt sich dabei aber nur um eine Teilassoziiierung, die zudem bis Ende 2016 befristet ist.

Der Schweizer Bundesrat hatte zunächst entschieden, ohne Unterzeichnung des Protokolls dieses dennoch einseitig auf Kroatien anzuwenden und zugesagte Geldbeträge zu zahlen.

Das ist keine völkerrechtlich verbindliche, aber eine unilaterale Übergangslösung, die die Schlechterstellung Kroatiens beendet. Der Ständerat hat den Kohäsionsbeitrag der Schweiz an Kroatien i. H. v. 45 Mio. Franken am 9. September genehmigt.

Umgang und Auswirkungen der Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung standen auch beim Besuch einer Delegation des Schweizer Kantons Schaffhausen am 31. Juli in Stuttgart im Fokus. Ministerpräsident Kretschmann empfing die Delegation unter Leitung von Regierungspräsident Amsler, die sich anlässlich des Schweizer Nationalfeiertags in Stuttgart befand, zu einem Gespräch. Dabei wurde das gemeinsame Interesse an unbürokratischen Lösungen für die Grenzgänger sowie an einer Fortsetzung des bilateralen Weges zwischen der Schweiz und der EU betont. Angesprochen wurden auch die flankierenden Maßnahmen zum Freizügigkeitsabkommen zwischen der EU und der Schweiz, die nach wie vor Unternehmen aus Baden-Württemberg Probleme bereiten. Thematisiert wurden ferner Verkehrsprojekte wie die Hochrheinbahn und die Mautpläne des Bundes, die u. a. Probleme für den Grenzverkehr bedeuten würden, sowie die Zusammenarbeit im Energiebereich.

3. Vier Motoren für Europa

Am 4. Juli fand im Rahmen der lombardischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa ein politisches Treffen in Mailand statt. Für Baden-Württemberg nahmen daran die Abgeordneten Helen Heberer und Karl Rombach teil.

Themen des Treffens waren die EXPO 2015 in Mailand, der Schutz und die Vermarktung regionaler Qualitätslebensmittel, Lebensmittelsicherheit, Agribusiness sowie technologische Innovation und Smart Specialisation. Anlässlich des Treffens unterzeichneten die Vertreter der Vier Motoren für Europa eine Erklärung zum Thema „Innovation als Schlüsselfaktor für industrielle Entwicklung“.

Baden-Württemberg beteiligt sich mit den Partnern der Vier Motoren und weiteren industriestarken Regionen Europas an der sog. „Vanguard Initiative“.

Die Initiative zur Industriepolitik verfolgt das Ziel Regionen zusammen zu bringen und innovative Partnerschaften und Cluster zu unterstützen.

VI. Internationales

1. Reise von Minister Friedrich nach Montenegro und Albanien

Minister Friedrich besuchte u.a. in Begleitung des Präsidenten des baden-württembergischen Industrie- und Handelskammertages Dr. Peter Kulitz von 9. bis 12. September die beiden EU-Beitrittskandidatenländer Montenegro und Albanien.

Montenegro hat seit Dezember 2010 den Status eines Beitrittskandidaten, am 29. Juni 2012 wurden die Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Bisher wurden insgesamt 12 Verhandlungskapitel geöffnet, zwei wurden bereits geschlossen (Wissenschaft/Forschung und Kunst/Kultur).

Die montenegrinische Regierung hat im Juli 2013 einen Aktionsplan verabschiedet, der eine umfassende Reformagenda im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Justiz und Grundrechte, vorsieht.

Der europäische Rat hat Albanien am 27. Juni den Status eines Beitrittskandidaten verliehen. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen hängt ab von der Umsetzung von fünf Schlüsselprioritäten, darunter die Reform der öffentlichen Verwaltung, Maßnahmen zur Stärkung der Justiz, Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität sowie Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere u.a. für Roma.

Im Mittelpunkt der Gespräche u.a. mit dem Premierminister von Montenegro Milo Đukanović, dem montenegrinischen Vizepremierminister und Justizminister Duško Marković, dem Vizepremierminister der Republik Albanien Nico Pelleshi sowie der Europaministerin und dem Sozialminister Albaniens standen die weiteren Schritte auf dem Weg zu einem EU-Beitritt sowie Aufbau und Vertiefung der Unterstützung aus Baden-Württemberg. Angesprochen wurde außerdem die Situation der Roma in Albanien.

Herr Minister Friedrich besuchte außerdem ein Kinder- und Familienzentrum der Caritas International, das sich hauptsächlich an Roma richtet.

- 19 -

Im Justizbereich werden beide Länder bereits aus dem Land unterstützt, die Polizei unterhält zudem eine Zusammenarbeit mit Montenegro. Ferner wurde bereits vor einigen Jahren eine gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich unterzeichnet, die nun aktiviert werden soll. Diskutiert wurden auch die Einführung von am dualen System orientierten Ausbildungsmodellen sowie Energiethemen, insbesondere Wasserkraft. Der montenegrinische Premierminister Đukanović wird im kommenden Jahr Baden-Württemberg besuchen, um die Gespräche und Kooperationen weiter zu vertiefen.

2. Gemischte Regierungskommission Baden-Württemberg – Serbien

Am 29. und 30. September fand in Belgrad die 3. Sitzung der Gemischten Regierungskommission mit Serbien statt. Die Gemischte Regierungskommission mit Serbien besteht seit dem Jahr 2009. Den Co-Vorsitz auf serbischer Seite haben sich bei dieser Sitzung der neue serbische Wirtschaftsminister, Željko Sertić und der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Handel, Tourismus und Telekommunikation von Serbien, Rasim Ljajić geteilt.

In der Sitzung wurde Bilanz über die Umsetzung des Arbeitsprogramms der 2. Sitzung 2011 in Pforzheim gezogen und die Weiterführung und -entwicklung bewährter Kooperationen sowie neuer Vorhaben erörtert und vereinbart. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf die Bereiche Europafragen, Staatliche Administration; Innere Sicherheit und Polizeiwesen; Kommunale Zusammenarbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Verkehr und Transportwesen; Umwelt und Wasserwirtschaft; Land- und Forstwirtschaft, Ernährung und Tourismus sowie Bildung und Schule; Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Herr Minister Friedrich führte darüber hinaus Gespräche mit Herrn Vitomir Mihajlović, dem Vorsitzenden des Roma-Nationalrates in Serbien, sowie Frau Suzana Paunović, Direktorin der Regierungskanzlei für Menschen- und Minderheitenrechte und Herrn Meho Omerović (SDPS), dem Vorsitzenden des Ausschusses für Menschen- und Minderheitenrechte im Parlament der Republik Serbien.

- 20 -

Ferner wurde mit der serbischen Seite vereinbart, in der gemischten Regierungskommission einen Dialog zur Integration der Roma anzustoßen.

VII. Entwicklungspolitik

Auch im Berichtszeitraum Juli bis September waren die Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg und die sie konkretisierenden Handlungsvorschläge für die Aktivitäten des Staatsministeriums richtungsweisend. Das neue Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit als Gemeinschaftsaufgabe aller Akteure trug über die Sommerferienzeit vor allem im Bereich Migration und Entwicklung Früchte: Am 15. September wurden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusammen mit Engagement Global im Bundeswettbewerb „Kommune bewegt Welt“ die Preise für Projekte vergeben, die Kommunen zusammen mit Migrantinnen und Migranten verwirklichen.

Baden-Württemberg war bei der Zahl der antragstellenden Kommunen, bei der Anzahl der Projekte und letztlich auch bei den Preisen (2. Hauptpreis für Ludwigsburg; Sonderpreis für Ehingen) jeweils bundesweit führend. Die Preisverleihung ist damit ein ermutigendes Zeichen für alle im Bereich Migration und Entwicklung engagierten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger; insbesondere für die beiden neuen Eine-Welt-Fachpromotoren, welche im Bereich Migration engagierte Bürgerinnen und Bürger beraten und unterstützen, sowie für die in der neuen Städtetagsinitiative „Engagement Kommunal - Verantwortung Global“ engagierten Kommunen. Sowohl das Eine-Welt-Promotoren-Programm als auch das bundesweit bislang einmalige Pilot-Projekt des Städtetags werden vom Staatsministerium gefördert.

VIII. Landesvertretung Brüssel

Am 1. und 2. Juli fand eine auswärtige Klausur der SPD-Landtagsfraktion mit Gesprächen mit Vertretern der europäischen Ebene in der Landesvertretung (LV) Brüssel statt. An der Fraktionsklausur nahm auch Minister Friedrich teil. Im Rahmen der Gespräche konnten aktuelle und für das Land wichtige Themen insbesondere mit Vertretern der Kommission und des Ratssekretariats diskutiert werden, so etwa Regionalpolitik und EU-Förderinstrumente, Energiepolitik (inklusive Wettbewerbsrecht), Wachstums- und Innovationspolitik (produktnahe Forschung und angewandte Wissenschaft), Finanz- und Bankenregulierung, EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP) sowie Sozialpolitik. Weiter kam die Fraktion mit dem Ministerpräsidenten der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zusammen. Abschließend wurde im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Schweizer EU-Botschafter Roberto Balzaretti erneut die Verbundenheit zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz – auch in politisch schwierigen Zeiten – unterstrichen und die enge Vernetzung der beiden Länder dem Brüsseler Publikum vor Augen geführt.

Wie in der Vergangenheit, wurde zum Wechsel der EU-Ratspräsidentschaft (von Griechenland auf Italien) die Veranstaltungsreihe am Vorabend einer neuen EU-Ratspräsidentschaft fortgesetzt.

Am 8. Juli diskutierte Minister Friedrich mit Italiens EU-Botschafter Stefano Sannino, Italiens ehemaligem Europaminister Enzo Moavero Milanesi und den EU-Abgeordneten Simona Bonafe und Peter Simon die Herausforderungen und Chancen der italienischen Präsidentschaft, die Situation im Land selbst sowie den Stand der Reformen in Italien. Die „Vorabend-Veranstaltung“ war Auftakt einer ganzen Veranstaltungsreihe zu Italien im 2. Halbjahr. Geplant sind noch Veranstaltungen mit Italien-Schwerpunkt im Oktober zum Thema Wein aus Baden-Württemberg und Trentino (Kooperation der Weinbauschulen Weinsberg und San Michele), im November zu Literatur, Film und Gesellschaft (entlang des Romans „Der Leopard“ wird ein Blick in die italienische Gesellschaft – gestern und heute – geworfen) sowie im Dezember eine

- 22 -

Europa-Diskussionsveranstaltung, die den Blick über den Tag hinaus werfen soll mit der Villa Vigoni zu Zukunftsfragen der EU.

Große Aufmerksamkeit fand in Brüssel auch die Buchpräsentation und Diskussion zu "Europas Strippenzieher". In ihrem Buch geben Cerstin Gammelin (Süddeutsche Zeitung Brüssel) und Raimund Löw (ORF Brüssel) Einblicke in die Kompromiss- und Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene.

Neben den beiden Autoren diskutierten am 10. Juli in der LV Brüssel der neu gewählte Parlamentspräsident Martin Schulz (einer seiner ersten öffentlichen Auftritte als Präsident), Parlamentsvizepräsidentin Ulrike Lunacek (Österreich), die Abgeordnete Dr. Inge Gräßle und der Studioleiter der ARD in Brüssel, Rolf-Dieter Krause.

Im 3. Quartal fiel der Startschuss zu einer neuen, grenzüberschreitenden Initiative im Rahmen der Umsetzung der Energiewende: Auf Initiative von Minister Friedrich kamen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft aus Baden-Württemberg, dem Elsass und der Schweiz am 15. Juli in Straßburg und am 9. September in Brüssel zusammen, um die Schaffung eines „Kompetenz-Cluster Rückbau am Oberrhein“ anzugehen. Unterstützt und aktiv gefördert wird diese Initiative von der EU-Kommission (GD Energie und Gemeinsame Forschungsstelle). Energiekommissar Oettinger nahm an dem „kick-off“-Treffen am 15. Juli in Straßburg teil.

Auf Einladung von Kommissar Oettinger war Baden-Württemberg am 10. September bei einer EU-Konferenz zum Thema Rückbau in Brüssel präsent. Minister Untersteller stellte dabei aktuelle Entwicklungen, Ideen und Herausforderungen in Baden-Württemberg und den Beitrag des Landes dar.

Das Karlsruhe Institute of Technology hat ein „Mission Statement“ entworfen, welches derzeit mit den Akteuren abgestimmt wird. Das Papier definiert Ziele, Arbeits- bzw. Forschungsschwerpunkte sowie die Akteure bzw. Mitglieder des neuen Clusters. Außerdem bildet das Papier das „Commitment“ der Oberrheinakteure bzw. deren Gemeinschaftsgefühl als eine europäische

- 23 -

Region ab. Spätestens für Anfang 2015 ist ein weiteres Treffen des „Runden Tisch Rückbau am Oberrhein“ geplant – voraussichtlich wieder in Brüssel.

Ein wichtiger Personalwechsel hat in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU stattgefunden. Der bisherige EU-Botschafter Peter Tempel hat mit Botschafter Reinhard Silberberg (bisher in Madrid) die Funktionen getauscht.

Als ausgewiesener Kenner der europäischen Politik wird Botschafter Silberberg künftig die Interessen Deutschlands gegenüber den EU-Institutionen und insbesondere im Kreis der anderen EU-Botschafter (Ausschuss der Ständigen Vertreter II – AstV II) übernehmen. Botschafter Silberberg hat auf Initiative von Baden-Württemberg am 30. September auch erstmalig die Leiter der deutschen Landesvertretungen in der LV Brüssel getroffen und plant regelmäßig an den Leiterrunden in Brüssel teilzunehmen.

Der Besucherzustrom von politisch Interessierten Gruppen aus dem Land hat nach der Europawahl wieder stark zugenommen, insbesondere Gruppen von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden. Ebenso informieren sich auch weiterhin Gruppen aus dem Land wie z.B. die Vorstandmitglieder des Verbands der Bürger-Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg über aktuelle Fragen der Europapolitik und die europapolitischen Positionen Baden-Württembergs in der LV Brüssel.